

A3 Sofortige Beendigung der Waffenlieferungen Deutschlands an die Türkei und Solidarität mit Rojava

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 30.10.2024

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Die Grüne Jugend Bremen fordert die sofortige Beendigung jeglicher
2 Waffenlieferungen Deutschlands an die Türkei. Wir erklären unsere Solidarität
3 mit den Menschen in Rojava und verurteilen die andauernden militärischen
4 Angriffe des türkischen Regimes auf kurdische Gebiete aufs Schärfste. Diese
5 Angriffe richten sich nicht nur gegen militärische Ziele, sondern treffen in
6 hohem Maße auch die Zivilbevölkerung und zwingen zahlreiche Menschen zur Flucht.

7 Seit Jahren wird die Türkei von einem zunehmend autoritären Regime geführt, das
8 systematisch Menschenrechte verletzt und demokratische Grundprinzipien
9 missachtet. Durch die fortlaufenden militärischen Operationen in kurdischen
10 Gebieten, sowohl innerhalb als auch außerhalb der türkischen Landesgrenzen,
11 verursacht dieses Regime unfassbares Leid und destabilisiert die gesamte Region
12 massiv. Die jüngsten Angriffe der Türkei auf zivile Infrastruktur sind
13 erschütternd und zeugen von einer bewussten Eskalation der Gewalt. Diese
14 gezielten Angriffe haben das Leben von 17 unschuldigen Zivilist*innen gefordert
15 und setzen Millionen weitere Menschen einer akuten humanitären Katastrophe aus.
16 Bis zu 5 Millionen Menschen drohen schwere Folgen, darunter gravierende
17 Versorgungsgpässe, gesundheitliche Risiken und der Verlust ihrer
18 Existenzgrundlage. Solche Angriffe verstoßen klar gegen internationales Recht
19 und grundlegende humanitäre Prinzipien und sind auf das Schärfste zu
20 verurteilen.

21 Besonders besorgniserregend ist, dass deutsche Waffenlieferungen zur
22 Bombardierung und Vertreibung von Zivilisten beitragen. Dies führt zu der
23 bedrückenden Konsequenz, dass Menschen gezwungen sind, Schutz in Europa zu
24 suchen – darunter auch in Deutschland.

25 Gleichzeitig sehen wir es als beschämend an, dass Europa und Deutschland
26 weiterhin Abkommen mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan schließen, die darauf
27 abzielen, die flüchtenden Menschen zurückzuhalten, statt sie zu schützen. Dieser
28 doppelte moralische Widerspruch – Waffenlieferungen in Krisengebiete und
29 Abkommen zur Verhinderung von Flucht – widerspricht zutiefst den Grundsätzen
30 einer friedlichen, menschenrechtsorientierten Außenpolitik, die Deutschland
31 anstreben sollte.

32 Waffenexporte in die Türkei tragen maßgeblich zur Eskalation von Konflikten bei,
33 fördern humanitäre Krisen und destabilisieren die Region. Sie sind nicht nur
34 moralisch untragbar, sondern auch politisch und humanitär kontraproduktiv. Die
35 Unterstützung eines diktatorischen Regimes durch Waffenexporte widerspricht den
36 Prinzipien von Frieden und Menschenrechten und muss daher umgehend gestoppt
37 werden.

Begründung

Quellen:

Waffen Lieferungen an die Türkei

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-10/waffen-exporte-tuerkei-bundesregierung-genehmigung-ruestungsindustrie>

<https://www.spiegel.de/politik/ampel-regierung-genehmigt-wieder-waffen-exporte-in-die-tuerkei-a-dc5d8cb6-f602-4fdd-9e1e-a9251db30f9f>

Eurofighter und Flüchtlinge - Scholz will in Istanbul Erdogan treffen:

<https://www.fr.de/politik/eurofighter-und-fluechtlinge-scholz-will-in-istanbul-erdogan-treffen-zr-93351132.html>

Abschiebungen in die Türkei und Waffen Deals:

<https://www.fr.de/politik/eurofighter-und-fluechtlinge-scholz-will-in-istanbul-erdogan-treffen-zr-93351132.html>

Fünf Millionen Menschen droht eine humanitäre Katastrophe.

<https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/-44061>